


FAKTENCHECK.

Faktencheck	Gemeindefusion, Aufnahme von Gesprächen für eine mögliche Gemeindefusion
Name des/der Prüfer*in	Adi Busch
Person, die die Aussage gemacht hat	Auftrag der GV an BM Möller
Ort und Anlass der Aussage	Gemeindevertretung
Datum des (ersten) Faktenchecks	Ende 2020
Zu prüfende Aussage	BM Möller hat den Beschluss ordnungsgemäß ausgeführt

A – Management - Zusammenfassung

ERGEBNIS

	<p>Die Aussage ist FALSCH. Es besteht der Verdacht für ein Dienstvergehen.</p> <p><u>Der Auftrag der GV wurde von BM Möller ignoriert und durch den Gemeindevorstand Herrn Pfromm im Nachhinein argumentativ bekämpft.</u></p> <p><u>Beide zusammen haben de Facto einen gültigen GV-Beschluss seit Mai 2020 bewusst nicht ausgeführt.</u></p> <p><u>Im Fall von BM Möller ist das ein deutliches Indiz für ein Amtsvergehen, dass durch die Kommunalaufsicht untersucht werden sollte.</u></p>
--	--

KONSEQUENZEN

1 – Daraus ergeben sich unter anderem folgende Fragen:

Der Fall muss in der Gemeindevertretung aufgearbeitet werden.

2 – Welche Folgen könnte die Falschaussage haben?

Evtl. eine Untersuchung durch die Kommunale Dienstaufsicht

B – Details zum Faktencheck

Niederschrift über die 38. Sitzung der Gemeindevertretung Schenkklengsfeld am 17. September 2020 in der Großsporthalle Schenkklengsfeld
Beginn: 19.30 Uhr Ende: 20.30 Uhr

12. Anfrage der Fraktion Die Bürgerliste Schenkklengsfeld gem. § 22 GO der Gemeindevertretung an den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes: Sachstand möglicher Gebietszusammenschluss

1. Die Gesprächsaufnahme hat bereits am **26.05.2020** begonnen im Rahmen eines Arbeitstreffens der Bürgermeister.
2. Bisher gibt es, bis auf die öffentlichen Stellungnahmen der Kollegen kein endgültiges Ergebnis

FAZIT: Eine dicke fette Lüge. Siehe Faktencheck

Auftrag der GV vom 28. Mai 2020

Niederschrift
über die 36. Sitzung der Gemeindevertretung Schenklengsfeld
am 28. Mai 2020 im Bürgerhaus Schenklengsfeld

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 21.15 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 23

Seite 190

5. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Die Bürgerliste Schenklengsfeld gemäß § 13 der Geschäftsordnung betreffend Entschuldung der Gemeinde durch freiwilligen Zusammenschluss mit Hohenroda oder Friedewald

Nach einer ausführlichen Beratung/Diskussion mit Wortbeiträgen des Herrn Bürgermeisters, der Fraktionsvorsitzenden und des fraktionslosen Gemeindevertreters beantragt Herr René Petzold im Namen der SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Beschlussfassung:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Möglichkeiten eines freiwilligen Zusammenschlusses mit der Nachbargemeinde Hohenroda oder Friedewald zeitnah zu prüfen, um an der Förderung durch Restmitteln des kommunalen Schuttschirmes der Landesregierung teilhaben zu können. Mit den Bürgermeistern der o. g. Kommunen sind diesbezüglich Gespräche zu führen. Die Gemeindevertretung ist über den Sachstand regelmäßig zu unterrichten.

Die Stimmabgabe der einzelnen Gemeindevertreter/innen wird wie folgt vermerkt:

Baumgardt, Jürgen	Nein-Stimme
Bock, Hans Georg	Ja-Stimme
Bock, Hartmut	Ja-Stimme
Daube, Rainer	Nein-Stimme
Deis, Ute	Nein-Stimme
Ehlert, Jürgen	Ja-Stimme
Führer, Bernd	Ja-Stimme
Heimeroth, Sascha	Ja-Stimme
Hollstein, Maik	Ja-Stimme
Langer, Udo	Ja-Stimme
Ley, Reiner	Ja-Stimme
Manske, Horst	Ja-Stimme
Mörmel-Roßbach, Cornelia	Nein-Stimme
Muhr, Tanja	Nein-Stimme
Nied, Stephan	Ja-Stimme
Petzold, Dieter	Nein-Stimme
Petzold, René	Nein-Stimme
Pfromm, Matthias	Ja-Stimme
Schneider, Klaus	Nein-Stimme
Wenzel, Andre	Ja-Stimme

Somit wird folgendes Abstimmungsergebnis festgestellt und bekanntgegeben:

12	Ja-Stimmen	8	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

Aussage von BM Möller am 17.09.2020

„Am 26.05.2020 hat ein Arbeitstreffen der Bürgermeister stattgefunden.“

Niederschrift
über die 38. Sitzung der Gemeindevertretung Schenkklengsfeld
am 17. September 2020 in der Großsporthalle Schenkklengsfeld

Beginn: 19.30 Uhr
 Ende: 20.30 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 23

Seite 222

12. Anfrage der Fraktion Die Bürgerliste Schenkklengsfeld gem. § 22 GO der Gemeindevertretung an den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes: Sachstand möglicher Gebietszusammenschluss

1. Die Gesprächsaufnahme hat bereits am 26.05.2020 begonnen im Rahmen eines Arbeitstreffens der Bürgermeister.
2. Bisher gibt es, bis auf die öffentlichen Stellungnahmen der Kollegen kein endgültiges Ergebnis

Faktencheck #3: GV-Sitzung am 17.9.2020 zu TOP 14 Anfrage der Fraktion BL zum "Sachstand möglicher Gebietszusammenschluss"

Faktencheck #3: GV-Sitzung am 17.9.2020 zu TOP 14 Anfrage der Fraktion BL zum Sachstand möglicher Gebietszusammenschluss

Aussage von BM Möller „Am **26.05.2020** hat ein Arbeitstreffen der Bürgermeister stattgefunden.“

Die Aussage ist richtig, **ABER SIE HAT ABSOLUT NICHTS MIT DER FRAGE ZU TUN !**

Check-Verfahren: Anruf bei BM Noll, Friedewald und BM Stenda, Hohenroda

Beide Bürgermeister haben bestätigt, dass sie sich mit anderen Bürgermeistern regelmäßig zum Erfahrungsaustausch treffen. Auf dem Treffen am **26.5.2020** wurde unter Anderem allgemein, eher im Small Talk, über das Thema „Möglicher Gebietszusammenschluss“ gesprochen.

Das konkrete Thema „Fusion von Schenkklengsfeld mit Friedewald und/oder Hohenroda“ konnte gar nicht angesprochen werden, da die GV erst am **28.5.2020**, 2 Tage nach dem Treffen der Bürgermeister, den Beschluss gefasst hat, und den Gemeindevorstand mit der Aufnahme von Gesprächen beauftragt hat. (Siehe Anlage)

Fakt ist, dass weder BM Noll noch BM Stenda von BM Möller Nach dem 28.05.2020 zum Thema „Gebietszusammenschluss“ auf Grund des GV-Auftrages kontaktiert wurde.

Das Verfahren, das per Beschluss der GV Schenkklengsfeld in Gang gesetzt wurde, wird seit dem 28.5.2020, also seit über 3 Monaten, verschleppt.

Eine regelmäßige Unterrichtung über den Stand ist ebenfalls nicht erfolgt. Damit ist der Beschluss gleich DOPPELT ignoriert worden und es liegt wieder einmal ein eindeutiger Rechtsverstoß von BM Möller vor.

Sein Taschenspieler-Trick, eine Frage zu beantworten, die gar nicht gestellt wurde, erweckt den Eindruck, er habe korrekt gehandelt. In Wirklichkeit hat er die GV an der Nase herumgeführt.

Anmerkung: In bester „BM Möller Manier“ hat er auch hier geschludert. Wenn man schon lügt, dann sollte man zumindest auf die genannten Datums-Angaben achten. Damit der Trick in Zukunft leichter nachzuverfolgen ist, nenne ich diese Technik „Richtige Antwort, falsche Frage“ kurz „CCMT#1“ (Carl Christoph Möller's Taschenspielertrick #1).

Die Aussage „BM Möller hat im Rahmen des Auftrages der GV mit den BM-Kollegen aus den Nachbargemeinden Gespräche über eine Zusammenarbeit und eine mögliche Fusion aufgenommen.“ ist **FALSCH** bzw. eine Lüge.



Faktencheck

Der lange Prozess zu einer Gemeinde-Fusion

Das sollte man wissen, bevor man weiter über das Thema redet



Für mehr Information: Hessischer Rechnungshof Leitfaden zu Gemeindefusionen

~ [Leitfaden Vorbereitung Gemeindefusion.pdf](#) ~ (67.81MB)

Die Aussage ist richtig,

ABER SIE HAT ABSOLUT NICHTS MIT DER FRAGE ZU TUN

Über den Stand bzw. über Inhalte der Gespräche hat BM Möller nichts gesagt. Das war die eigentliche Intention der BL-Anfrage.

Check-Verfahren:

Anruf bei BM Noll, Friedewald und

BM Stenda, Hohenroda

Beide Bürgermeister haben bestätigt, dass sie sich mit anderen Bürgermeistern regelmäßig zum Erfahrungsaustausch treffen. Auf dem Treffen am 26.5.2020 wurde unter anderem ganz ALLGEMEIN, eher im Small Talk, über das Thema „Möglicher Gebietszusammenschluss“ gesprochen.

Das konkrete Thema „Fusion von Schenklengsfeld mit Friedewald und/oder Hohenroda“ konnte schon rein vom Zeitablauf her am 26.5. gar nicht angesprochen werden, da die GV erst am 28.5.2020, 2 Tage nach dem Treffen der Bürgermeister, den Beschluss gefasst hat, und den Gemeindevorstand mit der Aufnahme von Gesprächen beauftragt hat. (Siehe Anlage)

Fakt ist, dass weder BM Noll noch BM Stenda von BM Möller nach dem 28.05.2020 zum Thema „Gebietszusammenschluss“ auf Grund des GV-Auftrages kontaktiert wurde.

Das Verfahren, das per Beschluss der GV Schenklengsfeld in Gang gesetzt wurde, wird somit seit dem 28.5.2020, also seit über 3 Monaten, verschleppt.

Eine regelmäßige Unterrichtung über den Stand ist ebenfalls nicht erfolgt.

Damit ist der Beschluss gleich DOPPELT ignoriert worden und es liegt wieder einmal ein eindeutiger Rechtsverstoß von BM Möller vor.

Durch seinen Taschenspieler-Trick, eine Frage zu beantworten, die gar nicht gestellt wurde, sollte der Eindruck erweckt werden, er habe korrekt gehandelt. Und er hatte Erfolg auf der GV-Sitzung. Frage beantwortet. Keine Nachfragen, Nächster TOP.

Genial einfach.

In Wirklichkeit hat er die GV an der Nase herumgeführt.

Anmerkung:

In bester „BM Möller Manier“ hat er auch hier geschludert.

MERKE: Wenn man schon lügt, dann sollte man zumindest auf die genannten Datums-Angaben achten. Blöder Fehler.

Damit der Trick in Zukunft leichter nachzuverfolgen ist, nenne ich diese Technik „Richtige Antwort, falsche Frage“ kurz „CCMT#1“ (Carl Christoph Möller's Taschenspielertrick #1)

Im "Rahmenprogramm" der rechtlichen Verpflichtung gab es noch einen interessanten "Leserbrief" von Herrn Gemeinderat Georg Pfromm, der seine Meinung zu dem getroffenen GV-Beschluß äußerte.

NUR ZUR ERINNERUNG:

Ein GV-Beschluss ist die HÖCHSTE ENTSCHEIDUNGSEBEN in einer Gemeinde.

Egal, was wer darüber denkt, der Beschluss ist auszuführen.

Berichte und Kommentare in der Hersfelder Zeitung

Gemeindepolitik diskutiert Fusion mit Hohenroda oder Friedewald

Schenklengsfeld will auf Brautschau bei den Nachbarn gehen

21.05.2020



Ortsmitte Schenklengsfeld © Ludger Konopka

Es scheint in erster Linie um Zuschüsse des Landes zu gehen, wenn in Schenklengsfeld über einen Zusammenschluss mit den Nachbargemeinden nachgedacht wird.



Autor



Jan-Christoph Eisenberg

eisenberg@hersfelder-zeitung.de

- A

99 Tipps für den
Ruhestand für alle
Investoren ab **50** Jahr
Für Anleger ab 250.000 €.

Es scheint in erster Linie um Zuschüsse des Landes zu gehen, wenn in Schenklengsfeld über einen Zusammenschluss mit den Nachbargemeinden nachgedacht wird.

Bei mancher Eheschließung dürfte durchaus auch die Aussicht auf eine Verbesserung der finanziellen Situation eine Rolle spielen. Die Hoffnung auf eine Mitgift des Landes Hessen könnte jetzt auch die Gemeinde Schenklengsfeld zur Brautschau in den Nachbargemeinden veranlassen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretersitzung steht ein Antrag der Mehrheitsfraktion Bürgerliste (BL), mit dem der Gemeindevorstand mit der zeitnahen Prüfung eines freiwilligen Zusammenschlusses mit den Nachbargemeinden Hohenroda oder Friedewald beauftragt werden soll. Hintergrund ist der hohe Schuldenstand der Gemeinde, der zum Jahresende voraussichtlich 25,36 Millionen Euro betragen wird.

Das Land Hessen stellt fusionswilligen Städten und Gemeinden nun in einem Förderprogramm insgesamt rund 27,3 Millionen Euro Restmittel aus dem Kommunalen Schuttschirm bereit.

Die für Schenklengsfeld in Aussicht stehende Förderung werde die Gemeinde zwar nicht vollständig entschulden, wäre aber ein erster Schritt dazu, argumentiert der BL-Fraktionsvorsitzende Stephan Nied in der Antragsbegründung.

„Für den Rettungsschirm hat es damals nicht gereicht, jetzt wollen wir uns an den Resten bedienen“, kommentierte Bürgermeister Carl Christoph Möller am Dienstagabend während der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den BL-Antrag. „Wir haben die Karre in den Dreck gefahren und jetzt sollen andere dafür bezahlen“, laute der Tenor vieler Anrufe von Bürgern, die er nach der Veröffentlichung der Tagesordnung erhalten habe, so der Rathauschef.

„Ich habe mich gefragt, ob ihr das ernst meint“, sagte SPD-Fraktionschef René Petzold, der bereits in Vorfeld in einer Pressemitteilung Kritik am Ansinnen der Bürgerliste geübt hatte. Einen Antrag mit dieser Tragweite ohne eine tiefergehende Analyse vorzulegen, sei reiner Populismus, heißt es darin. Der Beschlusstext sei eine klare Absichtserklärung, die Kommune in ihrer bisherigen Form aufzulösen. Zu einem solch weitreichenden Schritt müssten auch die Bürger befragt werden, forderte Petzold.

„Nichts soll gegen die Bürger entschieden werden. Das Thema wird uns im nächsten Jahrzehnt aber wohl ohnehin ereilen“, entgegnete Jürgen Ehlert (BL). Auch eine vermeintlich große Kommune wie Schenklengsfeld werde alleine nicht überleben können, ergänzte Stephan Nied. Umso wichtiger sei es, sich rechtzeitig mit einer möglichen Fusion auseinanderzusetzen – zumal die Entschuldung aus eigener Kraft kaum zu schaffen sei, argumentierten die BL-Vertreter.

Mit drei Ja-Stimmen der BL und drei Nein-Stimmen der SPD gab der Ausschuss am Ende keine Beschlussempfehlung ans Gemeindeparlament ab, das über den Antrag am kommenden Donnerstag, 28. Mai, entscheidet. Die Sitzung beginnt um 19.30 Uhr im Schenklengsfelder Bürgerhaus. Wegen der Corona-Pandemie gelten erhöhte Abstandsregeln und Hygienebestimmungen.

Gemeindefusion: Nachbarn sind skeptisch

Friedewalds Bürgermeister Dirk Noll und Hohenrodas Rathauschef Andre Stenda äußerten sich auf Nachfrage unserer Zeitung skeptisch zu einer möglichen Gemeindefusion mit Schenklengsfeld. Sowohl das Vorgehen als auch die Entschuldung als Begründung überrasche ihn, so Dirk Noll. „Das hätte man diplomatischer machen können“, kommentiert der Rathauschef den Vorstoß aus Schenklengsfeld.



+

Dirk Noll, Bürgermeister Friedewald

Ausschlaggebend sei nicht alleine die erwartete Fördersumme, vielmehr müsse eine Fusion für beide Seiten einen Mehrwert darstellen. Friedewald arbeite bereits gut mit seinen Nachbarn zusammen – insbesondere mit der Gemeinde Hohenroda. „Vielleicht wäre es für Schenklengsfeld eine gute Lösung, sich zunächst stärker auf dem Gebiet der interkommunalen Zusammenarbeit zu engagieren, meint Noll.



+

Andre Stenda, Bürgermeister Hohenroda

Auch Hohenrodas Rathauschef Andre Stenda verweist auf die Gemeinschaftsprojekte mit den Nachbarn in Friedewald. „Statt gleich schwere Geschütze aufzufahren, sollte man zunächst versuchen, Synergieeffekte zu erzielen, ohne dabei die Eigenständigkeit aufzugeben“. Für Gespräche über eine stärkere Einbindung Schenklingfelds in die Strukturen der interkommunalen Zusammenarbeit sei man immer offen gewesen und auch weiterhin offen, betont Andre Stenda. Entscheidender als der Einmaleffekt durch einen Landeszuschuss sei es bei einer Kooperation, einen Mehrwert für alle Beteiligten zu erzielen, verdeutlicht der Hohenrodaer Bürgermeister.

Hessen fördert Gemeinde-Zusammenschlüsse

Das Land Hessen stellt 27,3 Millionen Euro für fusionswillige Gemeinden zur Verfügung. Es handelt sich um Mittel aus dem Kommunalen Schutzschirm. In einer Pressemitteilung nennen Finanzminister Michael Boddenberg und Innenminister Peter Beuth (beide CDU) die jüngst durch Fusionen entstandenen Gemeinden Oberzehnt (Odenwaldkreis) und Wesertal (Landkreis Kassel) als Positivbeispiele und erwarten eine effektivere Verwaltung sowie eine bessere finanzielle Situation. Für weitere Fusionsbestrebungen anderer Gemeinden wolle das Land einen Start ohne Altlasten ermöglichen. Eine Fusion dürfe nicht scheitern, weil einer der Fusionspartner die Schulden des anderen fürchtet. Dafür wurde die Schutzschirmverordnung geändert. Für Gemeinden mit (nach der Fusion) mindestens 7500 Einwohnern werden 350 Euro je Einwohner, für kleinere Kommunen 450 Euro je Einwohner zur Verfügung gestellt. Die Hilfe ist auf 46 Prozent der Kernhaushaltsschulden begrenzt. Bei einer Fusion von Schenklingfeld (Einwohner laut Gemeindehomepage: 4403 / erwarteter Schuldenstand: 25,36 Millionen) und Hohenroda (Einwohner laut Homepage: 3570 / schuldenfrei) hätte die neue Gemeinde 7973 Einwohner einen Schuldenstand von 25,36 Millionen. Sie läge demnach über der 7500 Einwohner-Grenze und würde 350 Euro pro

Einwohner – also insgesamt 2,79 Millionen Euro Unterstützung vom Land erhalten. Bei einer Fusion mit Friedewald (Einwohner laut Homepage: 2403 / Schuldenstand ohne rentierliche Schulden: 3,51 Millionen Euro) hätte die neue Gemeinde 6806 Einwohner und einen Schuldenstand von 28,87 Millionen Euro. Sie läge damit unter der 7500-Einwohner-Grenze und ihr stünden aus dem Hilfsprogramm des Landes 450 Euro pro Einwohner – also insgesamt 3,06 Millionen Euro zu.


Von Jan-Christoph Eisenberg

Anmerkung: Es macht nachdenklich, dass kein Kommentar von BM Möller im Artikel steht.

L2030-Kommentar vom 25.Juli 2020 zum


"Leserbrief" von Gemeindevorstand Pfromm

Die Kommentare stammen von Adi Busch


1  Sehr geehrte Schenklingfeld Bürgerinnen und Bürger,


in diesem Schreiben an Sie beziehe ich mich auf die beiden Artikel in unserer Heimatzeitung, der HZ, vom 21. und 30. Mai 2020, unter den Titeln -Brautschau bei den Nachbarn- und -Mehrheit für Fusionsgespräche-.


Da ich in Schenklingfeld kommunalpolitisch tätig bin, veröffentlicht die Hersfelder Zeitung meine Gedanken hierzu nicht als Leserbrief, ihr Kodex lässt dies nicht zu.
Für diese Haltung habe ich vollstes Verständnis. Aus genannten Gründen habe ich mich entschlossen, diese Form als "Leserbrief" zu wählen.


2  Durch Schenklingfeld geistern ja schon Summen in astronomischer Höhe, welche die Gemeinde bei einer Fusion mit Hohenroda oder Friedewald zu erwarten hätte. Als Grundlage für meine Darstellung habe ich die Zahlen des Redakteurs J-C Eisenberg genommen, der diese sauber recherchiert und herausgearbeitet hatte.


In einem Fall waren es 2,79 Mio. € im anderen Fall 3,06 Mio. €. Diese Beträge wären dann aber mit dem jeweiligen Partner zu teilen.
Also blieben für Schenklingfeld beim Zusammenschluss mit Hohenroda rd. 1,5 Mio. € übrig, bei der Fusion mit Friedewald rd. 1,98 Mio. €. Rund 90 % der Verbindlichkeiten blieben Schenklingfeld erhalten. Eine Fusion kostet aber auch, sie gibt es nicht zum Nulltarif. Diese Kosten wären dann noch in Abzug zu bringen. Meiner Meinung nach ein vollkommen falscher Lösungsansatz.


3  Diese Zahlen müssten eigentlich allen Vertretern der Gemeinde Schenklingfeld bekannt sein, insbesondere denen, die für den Antrag der "Bürgerlichen Liste" gestimmt haben. Die Zahlen hätten auch in der Antragsbegründung durch Herrn Nied vorgetragen werden müssen. Diese Arbeit hat man sich aber nicht gemacht. Oder hat man sie bewusst verschwiegen?

4  In beiden Fällen ist Schenklingfeld also nicht geholfen. Hier sind andere Wege notwendig und die sind dank unseres neuen BGM Möller jetzt auch eingeschlagen worden. Am Ende des Tunnels ist bereits ein helles Licht sichtbar und zwar so hell leuchtend, dass sich Schenklingfeld auch ohne fremde Nachbarschaftshilfe aus dem Dreck ziehen kann. BGM Möller bringt nicht nur das richtige Werkzeug mit, er arbeitet damit auch an den richtigen Fehlerquellen. Eine Tatsache, die lange Jahre vorher auf sich hat warten lassen.

5  Der Antrag der Schenklingfelder Listenverbindung kommt zur Unzeit und hält alle Beteiligten, insbesondere unseren Bürgermeister, von der wichtigen und erfolgreichen Arbeit zum weiteren Vorankommen ab. Nun obliegt es dem Schenklingfelder Bürger, zu bewerten, ob der gefasste Beschluss unserer Gemeinde dienlich ist, oder nicht.

6  Schenklingfeld wird mit Unterstützung aller Willigen wieder den Stellenwert bekommen, den es jahrzehntelang hatte und der dieser Gemeinde auch gebührt.
Sie wird wieder die "Königin" des Landecker Amtes.

7  Es ist schade, dass sich die drei ehemaligen Bürgermeisterkandidaten Nied, Langer und Bock auch für Fusionsverhandlungen entschieden haben. In ihren Bewerbungsreden zu diesem Amt war von Fusion keine Rede. Sie sollten ihre Position überdenken und unseren BGM mit aller Kraft unterstützen.

8  Georg Pfromm
-Wehrshausen-

(Juni / 2020)

Textanalyse

Angeichts des Sommerinterviews von BM Möller erhält der "Leserbrief" von Gemeindevorstand Pfromm ein weitaus größeres Gewicht.
Damals dachte ich, es sei eine Einzelmeinung eines Gemeindevorstands.

Das Sommerinterview von BM Möller bestätigt mir die Vermutung, dass hinter der Kommunalpolitik von Schenkklengsfeld ein bedenklich gefährliches, langjährig eingespieltes System steckt.

Deshalb gehe ich hier nochmal intensiv auf den Leserbrief von Hr. Pfromm ein.

=====

Absatz 1: Mit etwas Unverständnis, darüber, dass die HZ diesen Text nicht als "Leserbrief" druckt, wird das Neutralitätsgebot der Zeitung trotzdem anerkannt. Die Mühe mit der der Brief erstellt und verteilt wurde, deutet darauf hin, dass es Herrn Pfromm um ganz tief sitzende Überzeugungen geht.

Fakten-Wert = 60%

Pathos-Wert = 60%

Absatz 2: Die von Hr. Eisenberg recherchierten Daten stimmen. Die Einordnung der Zahlen durch Hr. Pfromm zeigt eine Menge rhetorisch-populistischer Merkmale.

Er hat anscheinend nicht verstanden, dass es in dem BL-Antrag NUR darum ging, Gespräche aufzunehmen und dass ein Fusionsprozess sich über 5 und mehr Jahre erstreckt und aus mindestens 12 komplexen Einzelkomponenten besteht.

Eine Reduzierung dieser komplexen Prozesse auf ein Zahlenspiel um die 3 Mio., ist höchst bedenklich, um nicht zu sagen "kurzsichtig".

Fakten-Wert = 100% (Von Hr. Eisenberg recherchierte Zahlen)

Pathos-Wert = 100% (Einordnung von Hr. Pfromm in sein politisches Weltbild)

Absatz 3: Dass alles etwas kostet, ist eine Binsenweisheit. Die erneute Reduktion auf die initial ermittelte Zahl und der daraus abgeleitete Schluss, das sei "der falsche Weg" bestätigt mich in der Erkenntnis, dass Hr. Pfromm die Komplexität einer Fusion nicht mal annähernd verstanden hat, oder vielleicht auch gar nicht verstehen will.

Fakten-Wert = 0%

Pathos-Wert = 100% (Motto: "Fakten? uninteressant. MEINE Meinung zählt!")

Absatz 4: Hr. Pfromm versucht, die "Bürgerliste" als "Bürgerliche Liste" verbal lächerlich zu machen. Ein uralter rhetorischer Trick aus der Steinzeit des Klassenkampfes. In Absatz 6 wird dieser Uralt-Trick nochmal mit dem Begriff "Listenverbindung" erneut breitgetreten.

Klar, wenn man sich schon mal ideologisch verrannt hat, dann muss man das auch konsequent, mit aller Härte und Kraft weiter pflegen.

Hr. Pfromm hat NICHT verstanden, dass die im Raum stehenden 3 Mio. (ob nun 2,79 oder 3,06 Mio. ist wurscht) der neuen Verwaltungseinheit zukommen.

Er hat NICHT verstanden, dass für Schenkklengsfeld gar nichts mehr übrigbleiben KANN, da nach einer Fusion die Ortsteile von Schenkklengsfeld Ortsteile der neuen Verwaltungsstruktur werden und die 3 Mio. an die NEUE Gemeinde gezahlt werden.

Wenn das kein Beweis für "vollendetes Kirchturmdenken in Perfektion" ist, was dann?

Fakten-Wert = 0%

Pathos-Wert = 100%

Absatz 5: Ja, wer hat Schenkklengsfeld denn 40 Jahre in den Tunnel geführt?

Ja, wer war denn das?

Da muss ich noch etwas recherchieren.

Auf jeden Fall haben wir jetzt, seiner Meinung nach, die Lichtgestalt am Ende des Tunnels. Es könnte aber auch die heiße Glühbirne sein, an der sich die Motten die Flügel verbrennen. Die Zukunft wird zeigen, welcher der beiden Bilder der Realität am nächsten kommen wird. Fakten-Wert = -100% (MINUS 100, da er versucht, seine Behauptungen als Fakten zu tarnen.

Pathos-Wert = 1.000 (100% * CCMM-Faktor)

Absatz 6: Erst einmal ein Schmähversuch und dann Hr. Pfromm's Meinung als "allgemein anerkannten Fakt" ausgegeben.

Zumindest ich sehe keinerlei Anzeichen für eine "wichtige und erfolgreiche" Arbeit von BM Möller. "Wichtig" auf jeden Fall, aber "erfolgreich"?
So wichtig, dass Profis diese Arbeit erledigen sollten.

Und dann der Oberhammer:

"Nun obliegt es dem Schenkklengsfelder Bürger, zu bewerten, ob der gefasste Beschluss unserer Gemeinde dienlich ist, oder nicht."

Lieber Herr Pfromm,

der Beschluss der GV ist RECHTSBINDEND, auch wenn es Ihren und den Interessen Ihrer Partei anscheinend überhaupt nicht "in den Kram" passt.

Als "Polizeioberkommissar a.D" sollte Ihnen der Begriff "RECHTSBINDEND" geläufig sein.

Immerhin haben Sie als Beamter a.D. und Gemeindevorstand je einmal auf die Verfassung und die Gesetze (insbesondere die HGO) einen Amtseid abgelegt.

Danach ist der GV-Beschluss auszuführen! PUNKT!

So einfach ist die HGO gestrickt. So einfach ist die Welt!

Wenn dann, am Ende der Fusionsverhandlungen, irgendwann NACH 2025 ein "Bürgerentscheid der beteiligten Gemeinden" durchgeführt wird,

DANN UND "FRÜHESTENS DANN" "obliegt es dem Bürger" für oder gegen eine Fusion zu stimmen.

Vorher können BürgerInnen sich in einem der über 12 Teil-Prozesse politisch aktiv beteiligen.

Als langjährig tätiger Kommunalpolitiker sollte Ihnen das bekannt sein.

Oder geht es Ihnen gar nicht um eine rationale, pragmatische Gemeinde- und Regionalpolitik, sondern nur um reinen Machterhalt?

Da muss ich nochmal intensiv drüber nachdenken.

Fakten-Wert = -100% (MINUS 100, da Hr. Pfromm anscheinend aufgrund eigener Unkenntnis versucht, BürgerInnen zu einem Rechtsbruch gegen einen GV-Beschluss aufzustacheln.)

Pathos-Wert = 1.000 (100% * CCMM-Faktor)

Absatz 7: Ja wer war den 40 Jahre in der Kommunalpolitik tätig und hat teils stillschweigend, teils tatkräftig und federführend mitgeholfen "den Karren der Königin in den Dreck" zu zerren?
Wer hat denn die "Königin des Landecker Amtes" so verloddern lassen?

Egal, wichtig ist, dass nicht mehr rational argumentiert werden soll bzw. darf.
Für Ideologien ist Rationalität und freies Denken immer existenzgefährdend.

Is doof, is aber so.

Hr. Pfromm unterteilt die Schenkklengsfelder Bevölkerung einfach mal so in "die Willigen" und "die Unwilligen" auf.
Klar, als Ex-Polizist gehört er ja, quasi "per Definition", zu den "Willigen", zu den "Guten". Und die "Guten" müssen ja gegen "die Bösen" mit aller Macht angehen. Egal, was man macht, des Bewusstseins des "Gutseins" rechtfertigt alles.

Welch einfaches, revanchistisches Weltbild.

Könnte sein, dass wir "Unwilligen", zu denen ich mich zähle, uns demnächst warm anziehen können/müssen.

Fakten-Wert = -100% (MINUS 100, da der Absatz direkt aus der "Agitations- und Propaganda-Abteilung" zum Glück ausgestorbener Parteien stammen könnte.

Pathos-Wert = 1.000.000 (100% * CCMM-Faktor) Dieses Pathos ist nicht mehr zu überbieten und der Spaltungsversuch der Gemeinde ist brandgefährlich.

Absatz 8:

Und am Schluss noch das "MACHTPOLITISCHE OUTING".

"The Winner Takes It All, The Loser Standing Small.“, wie ABBA sagte.

Da versenkt die SPD ZWEI (manche sprechen von 3) SPD-affine BM-Kandidaten aufgrund von innerparteilichem Machtpoker und Querelen und unterstützt dann, nur um dem "politischen Gegner" keinen Raum zu lassen, einen Kandidaten, der es ihnen dann, nach der Wahlschlappe, doch noch ermöglicht, enorme Macht auszuüben.

"Nach der Dunkelheit der Wahlergebnisse, ein ganz helles Licht am Ende des Tunnels. Halleluja." (Nein, nicht das von Leonard Cohen;-))

Klarer kann man, sagen wir mal diplomatisch, "sehr ausgeprägtes „Machtbewusstsein" nicht mehr ausdrücken.

Fakten-Wert = 0%

Pathos-Wert = 1.000 (100% * CCMM-Faktor)

Machtbewusstseins-Wert = 3,14159 Fantastrillionentrilliarden%

FAZIT:

Lieber Herr Pfromm,

Danke für Ihre aufklärenden Zeilen.

40 Jahre Tätigkeit von Herrn Georg Pfromm für die Gemeinde Schenklengsfeld

Laenscheld2030-Post vom 25.07.2020

"Leserbrief" von Gemeindevorstand Pfromm (SPD)

Wie im letzten Post angekündigt habe ich nachgedacht.

Und, immer, wenn ich nachdenke folgt natürlich auch eine Handlung. Sonst wäre die Nachdenkerei ja sinnlos.

Klar, da gibt es ja eine Person, die seit 40 Jahren in der Kommunalpolitik tätig war.
Herr Pfromm selbst.

Eine unscheinbare Information, fast in einem Nebensatz, aus der "Gewerkschaftszeitung der Polizei" ist sehr aufschlussreich für die aktuelle Diskussion zum Zustand der Gemeindepolitik.

Ein Beweis dafür, dass "Information" ein Produktionsfaktor wie Energie, Knowhow, Infrastruktur, Motivation usw. ist.

Georg Pfromm - 40 Jahre bei der Polizei

Am 1. Mai 2010 beging der Polizeioberkommissar Georg Pfromm sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

Georg Pfromm begann seine Laufbahn 1970 in Kassel als Polizeiwachtmeister und wechselte nach seiner Ausbildung zum 1. Polizeirevier in Frankfurt a.M.. Dort versah er über 30 Jahre seinen Dienst und pendelte stets zwischen seinem Heimatort Schenkengsfeld-Wehrshausen und der Mainmetropole. Dort war er im Schichtdienst, beim Fahndungskommando und auf dem Geschäftszimmer eingesetzt. Seit April 2004 ist er im Schichtdienst bei der Polizeistation Bad Hersfeld eingesetzt. Seit 1981 ist Georg Pfromm Mitglied der Gemeindevertretung Schenkengsfeld und seit 2004 Ortsvorsteher von Wehrshausen. Nebenbei führt er noch als Hobby eine kleine Landwirtschaft. Seit 36 Jahren ist Pfromm Mitglied der Gewerkschaft der Polizei.



GdP-Kreisgruppenvorsitzender Adelbert Steinberg (rechts) gratuliert Georg Pfromm (links) zum 40-jährigen Dienstjubiläum.

Quelle: Polizei Report, Nr.38 Juni 2010,

[https://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/CFED5BEE63631500C12577B6004503E5/\\$file/SOH_2010-06.pdf?open](https://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/CFED5BEE63631500C12577B6004503E5/$file/SOH_2010-06.pdf?open)

Welche Erkenntnis kann man aus dieser kurzen Information gewinnen?

- Herr Pfromm (SPD) hat mittlerweile fast 40 Jahre das Schicksal der Gemeinde mitgeprägt.
- Davon hat er
 - 24 Jahre die Sparpolitik von BM Hannich (SPD) gestaltet
 - 12 Jahre die Investitionspolitik von BM Gensler (CDU) gestaltet und mitgetragen.
 - 3 Jahre versucht er jetzt mit BM Möller die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten.

Wenn jemand erklären kann, wie Schenkengsfeld in seine heutige Lage gekommen ist, dann jemand mit so einer langjährigen persönlichen Erfahrung in der Kommunalpolitik.

Um es ganz deutlich zu sagen:

Ich mache KEINEM EINZIGEN ABGEORDNETEN der letzten 50 Jahre einen Vorwurf.

Alle haben sich für das Allgemeinwohl eingesetzt! Das erkenne ich voll an!

Ich weiß, alle haben nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet.

!!! ABER JETZT GEHT ES UM DIE ZUKUNFT !!!

**Die „volle Unterstützung“, ein uneingeschränktes Vertrauen für BM Möller, ein „WEITER SO“ mit der vagen Hoffnung auf „ein helles Licht am Ende des Tunnels“ ist mir als Grundlage für die Zukunfts-Gestaltung der Gemeinde definitiv zu wenig.
Nicht nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der letzten 2 Jahre !**

GESAMT-FAZIT:

1. Der Umgang mit dem Auftrag der Gemeindevertretung ist eine Posse.
2. Keiner der beiden Bürgermeister ist auftragsgemäß angesprochen worden
3. Der GV-Beschluss ist nicht ausgeführt worden.
4. Die GV wurde in der Sache belogen.
5. Ein Gemeindevorstand hat die Bevölkerung aufgerufen, Rechtsbruch zu begehen und einen ordnungsgemäß durchgeführten GV-Beschluss zu bekämpfen.
6. Die weiteren Schlüsse muss jede/r für sich selbst ziehen.

Der Fall zeigt ein beängstigendes Muster, das in den letzten Jahren wiederholt aufgetreten ist.

Allen Fällen ist gemeinsam, dass die Autorität der Gemeindevertretung ignoriert wurde.